

Die Zeit / Schweiz Ausgabe
8002 Zürich
079 361 53 10
<https://www.zeit.de/schweiz>

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 28'392
Erscheinungsweise: wöchentlich

Seite: 18
Fläche: 176'366 mm²

Auftrag: 1070143
Themen-Nr.: 377.012

Referenz: 86122631
Ausschnitt Seite: 1/4

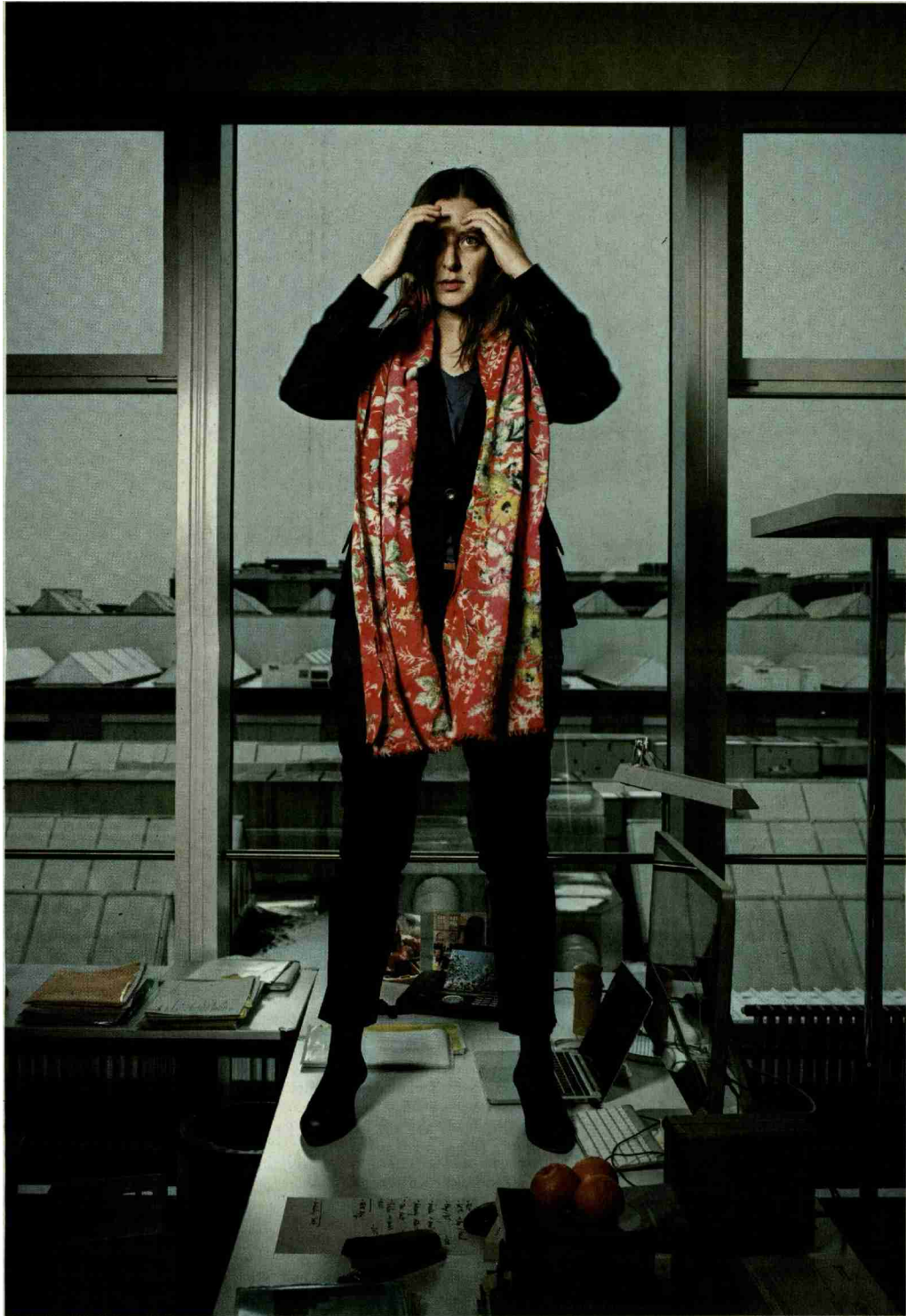
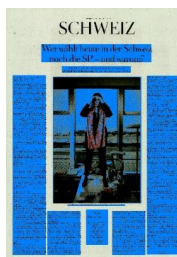


Foto: Philipp Rohner

Die Politikwissenschaftlerin Silja Häusermann in ihrem Büro an der Universität Zürich



Wer wählt heute in der Schweiz noch die SP – und warum?

Die Politologin Silja Häusermann über den Stand der
helvetischen Sozialdemokratie ein Jahr vor den nationalen Wahlen

DIE ZEIT: Frau Häusermann, als ich Ihr Buch gelesen habe, fühlte ich mich erappt.

Silja Häusermann: Oh!

ZEIT: Ich habe das Führungsduo der SP Schweiz immer mal wieder dafür kritisiert, dass sie sich auf gesellschaftspolitischen Nebenschauplätzen verzeteln würden. Aber anscheinend machen Matteo Meyer und Cédric Wermuth alles richtig.

Häusermann: Ihr Programm ist tatsächlich kongruent mit dem, was die SP-Wählerschaft bewegt. Das zeigen die Daten, die wir aufbereitet haben. Klimakrise, Europafrage, Migration, Gleichstellung: Das sind keine Nebenschauplätze für die Leute, welche die SP wählen oder mit ihr sympathisieren. Vor allem nicht für die Jungen.

ZEIT: Trotzdem wird kaum eine Parteiführung öffentlich derart harsch kritisiert. Es heißt, die SP würde die echten Anliegen ihrer Wählerschaft ignorieren. Statt um ökonomische Fragen kümmern sie sich lieber um Gendersternchen.

Häusermann: Es gibt eine tiefgreifende Krise der Sozialdemokratie, sie verliert Wähleranteile. Im europäischen Schnitt etwa die Hälfte im Vergleich zu ihren besten Zeiten in den 1960er-Jahren. In der Schweiz sieht die Bilanz etwas besser aus.

ZEIT: Bei den eidgenössischen Wahlen von 2019 erreichte die SP noch 16,8 Prozent, das war das schlechteste Ergebnis seit Einführung des Proporz.

Häusermann: Aber die Frage ist doch: Warum und an wen verliert die Sozialdemokratie? Gleichzeitig mit ihrem Abstieg begann der Aufstieg der recht-nationalen Parteien. In der Schweiz sehr früh und sehr stark. Die SVP konnte eine Wählerschaft mobilisieren, die man früher eher links verortet hat. Also eher weniger gut ausgebildete Menschen mit niedrigen Einkommen. Diese zwei parallelen Entwicklungen haben – auf den ersten Blick völlig plausibel – zur These geführt: Frühere SP-Wähler wählen

heute SVP.

ZEIT: Und, tun sie das?

Häusermann: Nein, das tun sie nicht, und sie taten es nie. Auch wenn das Intellektuelle wie Didier Eribon behauptet haben und auch wenn sich das Argument eines angeblichen Verrats an der Arbeiterklasse hartnäckig hält. Selbst innerhalb Teilen der Sozialdemokratie. Der heutige Stand der empirischen Forschung zeigt etwas völlig anderes.

ZEIT: Was denn?

Häusermann: Die Sozialdemokratie hat vor allem Höherqualifizierte verloren, und zwar an die Grünen und etwas weniger stark an die Grünliberalen. Dem Abwärtstrend liegt einerseits der wirtschaftliche Strukturwandel zugrunde, also der Verlust von Arbeitsplätzen in der Industrie, und andererseits das Aufkommen von neuen gesellschaftspolitischen Forderungen nach Öffnung, Gleichstellung, Inklusion, Umweltschutz. Diese Entwicklungen haben zu einer unumkehrbaren Ausdifferenzierung des linken Lagers geführt. Die Frage lautet deshalb: Was ist im 21. Jahrhundert ein sozialdemokratisches Projekt?

ZEIT: Was wäre das?

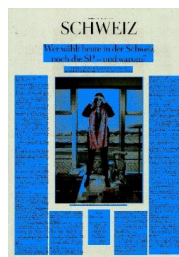
Häusermann: Es muss ein universalistisches Projekt sein.

ZEIT: Das verstehe ich nicht.

Häusermann: Die egalitären Werte, für welche die Sozialdemokratie steht, und die Befreiung der Menschen aus wirtschaftlichen und sozialen Abhängigkeiten müssen auf immer mehr Leute ausgedehnt werden. Die SP muss mit ihrer Politik soziale Sicherheit, Inklusion und emanzipative Möglichkeiten schaffen und dabei die Veränderungen der Gesellschaft und des Arbeitsmarkts aufnehmen.

ZEIT: Das klingt theoretisch, was heißt das konkret?

Häusermann: Die durchschnittliche SP-Wählerin ist heute eher eine Physiotherapeutin mit Fachhochschulabschluss als eine Fabrikarbeiterin. Nicht weil



sich die Partei nicht mehr um die normalen Arbeitnehmenden kümmern würde, sondern weil diese studierte Physiotherapeutin heute eine ganz normale Arbeitnehmerin ist. Fast ein Drittel der Bevölkerung in der Schweiz hat einen Hochschulabschluss, bei den unter 35-Jährigen ist es sogar die Hälfte. Das ist keine abgehobene Elfenbeinturm-Elite, sondern der breite Mittelstand mit seinen Problemen: hohen Mieten, teuren Lebenshaltungskosten, Betreuung und Ausbildung der Kinder, und, gerade wenn es um die Frauen geht, die Altersvorsorge und der Arbeitsmarkt. Dazu kommen Sorgen um die Umwelt, um eine Isolierung der Schweiz in Europa. Für all diese Anliegen muss sich die SP einsetzen.

ZEIT: Muss die SP dafür die Partei des Gendersternchens sein?

Häusermann: Sie muss sowohl die Partei der Verteilungsgerechtigkeit als auch die der sozialen Inklusion sein. Das ist völlig konsistent und auch nicht neu. Die SP Schweiz war eine der ersten sozialdemokratischen Parteien in Europa, die sich schon in den 1980er-Jahren strategisch dazu entschieden hat,

nicht auf einen linkskonservativen Kurs zu schwenken, sondern sich die Themen der neuen sozialen Bewegungen einzuverleiben. Das widerspiegelt sich auch in der Selbstwahrnehmung der SP-Wählerinnen und -wähler.

ZEIT: Inwiefern?

Häusermann: Wir haben erhoben, was den links Wählenden in der Schweiz für ihre politische Identität besonders wichtig ist und wie sie sich von den rechts Wählenden unterscheiden. Dabei stechen Begriffe wie weltoffen und solidarisch hervor, während sich Wähler und Wählerinnen am rechtsnationalen Pol häufiger als bodenständige, heimatverbundene Schweizer bezeichnen. Dieses Selbstbild verkörpert das junge Duo Meyer/Wermuth wohl besser als ihr Vorgänger Christian Levrat.

ZEIT: Das klingt paradox: Die SP-Wähler tragen heute zwar Anzug und Hemd statt ein »Übergwändli«, aber sie fühlen sich durch zwei ehemalige Jusos passend vertreten.

Häusermann: Zu drei Vierteln sind die sozialdemokratischen Wähler tatsächlich mittel oder gut qualifiziert, die SP ist keine traditionelle Arbeiterpartei mehr. Aber die Partei und ihre Wählerschaft sind nicht nach rechts gerückt. Die SP-Wählerinnen und -Wähler stimmten für Mindestlohninitiativen, von

denen sie selber nicht profitieren, sie befürworten einkommensabhängige Krankenkassenprämien, wodurch ihre eigenen Gesundheitskosten steigen würden. Die Mittelschicht-Sozialdemokraten sind der linke Pol der Schweizer Politik. Gleichzeitig, das ist wichtig, sind jene SP-Wählenden, die weniger verdienen, nicht gegen Umweltschutz, gegen Migration oder gegen Gleichstellung. Im Gegenteil.

ZEIT: Trotzdem wollen die mittelständischen SP-Wähler auch etwas für sich haben.

Häusermann: Das ist tatsächlich eine Herausforderung für die Sozialdemokratie, gerade in der Schweiz. Sie muss mit den Stimmen der Mittelschicht glaubwürdig eine Politik machen, die nicht nur, aber auch den tieferen sozialen Schichten nützt. Wozu in der Schweiz häufig die Ausländer und Ausländerinnen gehören, die keine demokratischen Rechte besitzen. Das geht dann, wenn es ihr gelingt, eine Interessenallianz zu schaffen. Zum Beispiel einen universalistischen Sozialstaat, der sowohl dem Medianwähler als auch den unteren Schichten etwas bringt.

ZEIT: Also mehr Geld für alle.

Häusermann: Ein gutes, kostenloses, durchlässiges Bildungssystem, eine gute Gesundheitsversorgung und eine flächendeckende Familienbetreuung. Die Kita-Initiative geht genau in diese Richtung.

ZEIT: Das bürgerliche Lager wirft der SP vor, sie betreibe damit eine Mittelstand-Klientelpolitik.

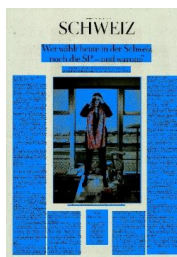
Häusermann: Nicht wenn diese Leistungen so ausgestaltet sind, dass sie allen zugute kommen und sich langfristig rentieren. Die Schwierigkeit ist: Diese Politik braucht große Investitionen. Fehlt das Geld, wird es für die SP schwierig.

ZEIT: Nun hat die SP seit den nationalen Wahlen nicht nur 13 von 16 kantonalen Wahlen verloren. Ende September scheiterte sie auch mit ihrem Referendum gegen die Rentenreform.

Häusermann: Das ist eine bittere und schwierige Niederlage für die Linke. Ich würde sie zwar nicht überbewerten, aber sie zeigt klar, dass neue Themen in der Sozialpolitik wichtiger werden. Das Rentenalter scheint für die heutige linke jüngere Mittelschicht-Wählerschaft nicht so sakrosankt zu sein wie noch für die traditionellen SP-Wähler.

ZEIT: Der von Ihnen erwähnten Physiotherapeutin ist es also egal, ob sie ein Jahr länger arbeiten muss.

Häusermann: Deshalb hat die SP die Vorlage primär



als Gleichstellungsthema behandelt und nicht nur mit Blick auf prekäre Arbeitsbedingungen in den tieferen Einkommensschichten.

ZEIT: Hätte die SP nicht besser auf das Referendum verzichtet?

Häusermann: Sie musste für das Referendum kämpfen, um mit ihren früheren Positionen konsistent zu sein. Aber die Lektion ist klar: Mit dem Rententhema kann sie kein programmatisches Fundament für die nächsten zehn, zwanzig Jahre aufbauen.

ZEIT: Neben der Rentendiskussion ist die SP drauf und dran, ein zweites Kernthema zu verlieren: die Europafrage. Sie hat die Position der Gewerkschaften übernommen und dazu beigetragen, dass der Bundesrat die Verhandlungen über ein Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der EU einseitig abgebrochen hat.

Häusermann: In meiner Wahrnehmung ist es der Partei bewusst, dass sie hier möglicherweise gerade politisches Kapital verspielt. Nicht umsonst hat sie am Parteitag am vergangenen Samstag eine neue Europastrategie vorgestellt. Sie hat dabei auch das EU-Beitrittsziel erneuert. Eigentlich werden ihr in der Europafrage von den Wählern und Wählerinnen nämlich große Kompetenzen zugeschrieben. Aber wichtig ist auch, Herr Daum: Für die Jungen war das Europathema nie so prägend wie für uns zwei, die wir einer Generation angehören, die in den 1990er-Jahren stark mit der EWR-Abstimmung politisiert wurde.

ZEIT: Aber bei der Europafrage riskiert die SP, ihre Wähler an die Grünliberalen zu verlieren, die den progressiven Lead übernommen haben. An eine Partei also, die gemäß Ihren Daten auch für die Hälfte der SP-Sympathisanten wählbar ist.

Häusermann: Das ist so. Die Schweiz ist eines der Länder, in dem sich ein tripolares Parteiensystem etabliert hat. Neben dem marktliberal-konservativen Pol um SVP und FDP und dem links-progressiven Pol um SP und Grüne ist ein marktliberaler, gesellschaftlich aber eher progressiver, grünliberaler Pol entstanden. Die Frage ist nun: Wie verhält sich die SP dazu?

ZEIT: Was würden Sie ihr raten?

Häusermann: Um politisch das Land gestalten zu können, muss die Linke mit den Bürgerlichen Allianzen eingehen. Deshalb ist es für die SP strategisch sicher besser, wenn die Grünliberalen ein alternativer Pol bleiben und nicht im selben Teich nach

Wählern fischen.

ZEIT: Und wie stark sollte sich die SP von ihrer anderen Konkurrenz, den Grünen, absetzen?

Häusermann: Im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern sind die Grünen in der Schweiz eine klar linke Partei. Es gibt deshalb keinerlei Anreize, sich künstlich voneinander abzugrenzen. Gerade weil die jüngeren und mittleren Alterskohorten einem grün-progressiven Profil besonders nahestehen.

ZEIT: Wäre es da nicht klüger, die SP würde den Grünen einen ihrer Bundesratssitze überlassen, um die linke Doppelvertretung in der Regierung langfristig zu sichern?

Häusermann: Nein, der Job der Parteispitze ist es, dass die SP weiterhin stärkste Kraft im linken Lager ist. Sie kann nicht einfach einen Übergang managen. Die Frage ist und bleibt: Kann sich die SP neu erfinden? Und im Gegensatz zu vielen europäischen Ländern stehen dafür die Chancen in der Schweiz recht gut.

Das Gespräch führte
Matthias Daum

Silja Häusermann

Die Politikwissenschaftlerin Silja Häusermann, 45, lehrt und forscht an der Universität Zürich.

Mitte November erscheint ihr Buch »Wählerschaft und Perspektiven der Sozialdemokratie in der Schweiz« (NZZ Libro), das sie zusammen mit ihren Institutskollegen geschrieben hat